

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden. Druckerei-Compt. 25 241. Preis für Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vorort bei täglich zweimaliger Ausgabe durch die Post bei halbjährlichem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 1. Spalte 37 mm breit, 2. Spalte 30 mm, 3. Spalte 25 mm. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigen-Preise. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigen-Preise. Einzelhefte 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsbüro: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von E. G. Schmidt & Co. in Dresden. Postfach-Num. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unsererlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Der Kampf um Gleiwitz.

Die unfähigen Franzosen.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Oppeln, 8. Juni. Die Stadt Gleiwitz steht vor der Einnahme durch die Engländer. Die Engländer haben außer dem Bahnhof auch die Post in Gleiwitz besetzt, während die Franzosen im Rathaus sitzen und sich durch Stacheldrahtverhänge isoliert haben. Die Engländer haben mit der Wiederherstellung der gehörten Fernsprechleitung von Oppeln begonnen.

Katibor unter polnischem Geschützfeuer.

Katibor, 8. Juni. Nachdem seit Sonnabend die Vorstadt Plania unter polnischem Artilleriefeuer gelegen hatte, richteten die Aufklärer morgens gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5-Zentimeter-Granaten ins Stadtinnere. (W. T. P.)

Zusammenstoß zwischen Selbstschutz und Franzosen?

Oppeln, 8. Juni. In der vergangenen Nacht soll es, wie der „Vol-Anz.“ meldet, in der Nähe von Radzostan zwischen dem ober-schlesischen Selbstschutz und den Franzosen zu einem Zusammenstoß gekommen sein. Bei Stallnow sei der Selbstschutz während der Nacht durch anhaltendes Geschützfeuer bedrängt worden und habe Patrouillen zur Feststellung des Gegners entsandt. Die Patrouillen seien in ein lebhaftes Feuergefecht verwickelt worden und hätten mehrere Gefangene gemacht, die sich als Franzosen entpuppten. Der Selbstschutz habe die Gefangenen unter Führung eines Offiziers zurückgeführt und durch diesen eine Entschuldigung wegen des Zwischenfalles ausgesprochen lassen.

Eine neutrale Zone in Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. Die „Vormärts“ meldet, beginnt die Bildung einer neutralen Zone in Oberschlesien zwischen den polnischen und deutschen Streitkräften zu vollziehen. In der Mitte der Front schieben sich englische und französische Truppen zwischen den deutschen Selbstschutz und die polnischen Aufständischen. Dadurch ist es wohl auch zu erklären, daß während eines Gefechtes zwischen dem deutschen Selbstschutz und Polen bei Stallnow drei verwundete und sieben unversehrte Franzosen durch den deutschen Selbstschutz gefangen genommen wurden. Die Franzosen wurden sofort dem nächstgelegenen französischen Kommando zur Verfügung gestellt. Mehrere Wägen zufolge kämpften auf Seiten der polnischen Aufständischen jetzt nur noch sehr wenig Ober-schlesier. Die polnischen Bergarbeiter, die kampfesumde sind, kehren jetzt überall in die Betriebe zurück.

Anforderung von Lebensmitteln.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Gené, 8. Juni. Der „Temps“ meldet aus Oppeln: Die Interalliierte Kommission hat die deutsche Regierung zur schleunigen Beorderung von Lebensmitteln an die ober-schlesischen Industriegebiete aufgefordert. Die Interalliierte Kommission hat, um die große Not im Industriegebiet zu mildern, sich bereit erklärt, für die Lebensmitteltransporte militärische Bewachung zu stellen.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. Die deutschen Schritte in Paris und London sind, wie über Paris gemeldet wird, kurzerhand abgelehnt worden. Nach dem „Antragsentwurf“ hat der deutsche Botschafter in Paris bei Briand einen Schritt unternommen, um sich darüber zu besorgen, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln gedrückt habe, die verbindlichen Zusagen aus den deutschen Städten Oberschlesien zurückzunehmen, wenn die Ordnung nicht wieder hergestellt würde. Briand habe dem deutschen Botschafter geantwortet, daß die Interalliierte Kommission die Verantwortung für die Ordnung in Oberschlesien trage und daß sie vollständig selbständig sei, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachte.

Weiter wird gemeldet, die englische Regierung habe die deutsche wissen lassen, daß die verbindlichen Zusagen, die zur Verfügung der Abstimmungskommission stehen, in aller Kürze auf die nötige Zahl gebracht werden, um die Unruhen niederzubrüden und daß der deutsche Vorschlag, den englischen Truppen Hilfe leisten zu wollen, nicht angebracht sei, sondern nur dazu beitragen würde, die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage noch zu verschärfen.

Andereorts sind der englische und der französische Botschafter in Berlin bezüglich des Vorrückens des deutschen Selbstschutzes in der Gegend von Radzostan bei der deutschen Regierung vorstellig geworden. Die Reichsregierung hat auf den Selbstschutz in Oberschlesien, der der Befehlsgewalt der Interalliierten Kommission untersteht, keinen Einfluß. In diesem Sinne dürfte auch die Antwort antworten sein.

Dresden, 8. Juni. Bei den am Sonnabend und Sonntag in Orlow, Graudenz und Thorn stattgefundenen Deutschen durch die Polen sind auch sieben deutsche Staatsangehörige angegriffen und von den Polen mißhandelt worden. Die Reichsregierung hat eine Beschwerde noch nach Warschau gerichtet, die gestern Berlin verlassen hat.

Das Ziel der polnischen Vanden.

Berlin, 8. Juni. Ueber Breslau wird dem „Vormärts“ über den anarchoistischen Zustand, der unter der Herrschaft Korfantus im ober-schlesischen Industriegebiet eingetreten ist, berichtet, daß ganz unverkennbar Korfantus die Zügel hinter der Front nicht nur deshalb aus der Hand gelassen seien, weil seine Banden sich zum größten Teil aus unzufriedenen Gewerkschaften zusammensetzten, sondern weil eine andere illegale Organisation sie ihm zum Teil aus der Hand genommen habe. Die linksradikale Kreise machten kaum mehr ein Geheimnis daraus, daß sie alles daran setzten, von Ober-schlesien aus die „Weltrevolution“ zunächst durch dessen Volkserweckung „vornwärts“ zu treiben. Der Erfolg, den sie mit der Unterstützung des Streiks im niederschlesischen Industriegebiet gehabt haben, gebe ihnen die Hoffnung, in kurzer Zeit auch die Braunkohleindustrie in Mittelschlesien in Bewegung zu bringen und dann das Industriegebiet entweder durch Streikverhandlungen oder durch Provokationen von der Weisung durch die Entente auszuhalten. Auf diese Weise sollen die Industriebetriebe, Arbeitereinstellungen in großen Maße erzwungen und so die Voraussetzungen zu dem Endkampf geschaffen werden. Vertrauensleute von Korfantus scheinen mit den entsprechenden revolutionären Kreisen Fühlung genommen zu haben. Der Aufstrebende gewinnt den Eindruck, daß beide Parteien, die linksradikale wie Korfantus, einander zu bemühen suchen, um im gegebenen Augenblick den Mittelstreifen zu besetzen und allein die Macht zu erlangen. Der Mut der revolutionären Anhänger werde dadurch gehärtet, daß man ihnen verlasse, in England wären ebenfalls deutsche Waffen in großer Menge angesetzt und können zu illegalem Export bereit.

Die englische Antwort an Frankreich.

Paris, 8. Juni. Die englische Regierung hat, wie danach bekannt ist, der französischen Regierung eine Antwort auf die französische Note vom 31. v. M. gegeben lassen. Die britische Regierung erklärt sich darin mit der französischen Regierung einig, daß die gesetzliche Ordnung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrag wieder hergestellt werden müsse, bevor irgendeine Entscheidung getroffen werde. Die englische Regierung hält hinzu, daß sie den Bericht ihres neuen Kommissars in Oberschlesien über die Lage abwarten wolle, bevor sie sich über die Frage der Prozedur äußern wolle, die verfolgt werden soll, um die ober-schlesische Frage zu lösen. Die französische Regierung hat sofort auf diese Mitteilung geantwortet und erklärt, daß sie sich in diesen beiden Punkten dem englischen Standpunkte anschließen. Es habe ebenso in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen. (W. T. P.)

Das gescheiterte englisch-französische Bündnis.

Paris, 7. Juni. Der „Matin“ läßt sich aus London melden: Nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen kommen, ist auf Anregung des englischen auswärtigen Amtes die neuerdings in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage einer schmückreichen Entente zwischen England und Frankreich in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. Der Gedanke ist in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten solle, im Falle eines deutschen Angriffs Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen die Befreiung des Ruhrgebietes berückichtigen und mit England im Orient zusammenarbeiten soll. Für diesen Gedanken seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain, sowie der Unterstaatssekretär im Vondener auswärtigen Amt, Sir Eric Grewe, eingetreten. Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

Der Sanja-Bund gegen Rathenau.

Das Präsidium des Sanja-Bundes erklärt in Ergänzung der bereits auf der Hauptversammlung des Bundes von Seiten des Präsidiums geäußerten Bedenken gegen Dr. Rathenau aus Anlaß seiner Ernennung zum Wiederaufbauminister: Der Sanja-Bund wird mit gespannter Aufmerksamkeit dem Wirken Walter Rathenaus als Wiederaufbauminister folgen, jeden Versuch, den von Rathenau einzeln mit Willkür und Willkür propagierten Plannwirtschaftsbeständen in die Tat umzusetzen, als das entgegengesetzte Bestreben sowie alle Geister einer derartigen nationalökonomischen Wirtschaftspolitik um sich zu sammeln haben. Wenn daher der Sanja-Bund die Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister schon von vornherein nur mit den größten Bedenken betrachten kann, so muß der Bund keine weitere mitarbeitende Tätigkeit beim Wiederaufbau in eine Voraussetzung ändern, sobald Rathenau seine früheren planwirtschaftlichen Pläne zur praktischen Durchführung zu bringen sucht.

Siegerwald für eine „Politik der Mitte“.

Der preussische Ministerpräsident Siegerwald hat einem Vertreter des „Berl. Tagbl.“ über die Umbildung des preussischen Kabinetts erklärt, er trete für eine Politik der Mitte ein, die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reiche.

Dr. Wirths „Wege zur Verständigung“.

Berlin, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung Reichsminister Dr. Wirth das Wort. Er führte aus, daß die ausschließliche Frage durch das deutsche Jawort geklärt sei. Ungeklärt sei die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Minimum erwachsen. Wir haben, sagte der Reichsminister, in unserer auswärtigen Politik seitdem dem Gedanken Rechnung getragen, welcher der Verwirklichung unserer Politik ist. Auch in der

ober-schlesischen Frage

haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur Interalliierten Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verhandlungen zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben. Wir können uns in der ober-schlesischen Frage vom Rechte, das uns im Friedensvertrag von Versailles gegeben ist, nicht abbringen lassen. Diese Frage darf nicht durch die Tilgung der polnischen Ansprüche gelöst werden. Die Hauptsache ist, daß wir jetzt nicht die Kerne verlieren, und daß die ober-schlesische Frage durch Zwischenspruch des Obersten Rates gelöst werde, der nicht an dem Ergebnis der Abstimmung, die überwiegend deutsch war, vorbeizugehen kann. (Beifall.)

Der Reichsminister hat ferner den Reichswirtschaftsrat um seine Mitarbeit bei der Umwirkenden Aufgabe der Durchführung des Ultimatums.

Vor allem sei die Frage der Ausfuhrabgabe und die Herausfindung eines neuen Acker aus der gewaltigen Aufgabe für die landwirtschaftlichen Beratern des Reichswirtschaftsrates. Mit Beifall, so sprach Dr. Wirth, wollen wir an diese Fragen nicht herangehen, sondern mit Mut und Optimismus. Alle Schritte müssen sich darüber klar sein, daß nicht durch neue Steuern, sondern durch Steuer und Verstaatlichung dem Vaterlande der Weg zur neuen Freiheit ebnet werden könne. (W. T. P.)

Eine Unterredung mit dem „Matin“-Vertreter.

Berlin, 8. Juni. Reichsminister Dr. Wirth empfing den Berliner Korrespondenten des „Matin“ und sagte ihm u. a.: Es ist sehr an der

Monierens in Spa

teilgenommen, konnte ich feststellen, bis zu welchem Grade die Verhandlungsmöglichkeit von Mistraren abgeschwächt war. Wenn ich damals die Meinung der deutschen Politik in der Hand gehabt hätte, hätte ich der Entente eine sehr große Reparationssumme angeboten. Der politische Horizont hätte sich dann ein Jahr früher aufgehellt und wir hätten so frühere Zeit gewonnen. Seit Spa vergifteten sich die Beziehungen der beiden Länder immer mehr. Frankreich, das wenig Interesse in die Verhandlungen der demokratischen Kräfte in Deutschland hatte, befürchtete, daß die Monarchie wieder aus der Taube kommen würde und daß das laienhafte Regime wiederhergestellt würde, während das Vordringen in Deutschland, das sich eine übertriebene Vorkriegsstellung von der bolschewistischen Gewalt (2) machte, gegen die Entente aufgebracht war, deren Entnahmepolitik es widerstandslos zum Spielball der sozialen Elemente machen würde.

Unter diesen ungünstigen psychologischen Bedingungen wurde die

Londoner Monierens

eröffnet. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Verhandlungen zum zweiten Male gescheitert sind. Wir werden durch Taten, die beiderseits sind als Sorte, der ganzen Welt unter den Augen beweisen. Besser als Neben werden unter Geld- und Naturalleistungen die Wege zur Verständigung ebnen. Am besonders werde ich dafür Sorge tragen, daß die im Minimum festgelegten Kräfte genau einzuhalten werden. Die Berichte, die ich Ihnen überlassen, lassen mich die Lage in Bayern sehr günstig beurteilen. Ich bin davon überzeugt, daß es in Bayern keine geheimen Waffenlager gibt. In einigen Tagen werden die Einwohner werden ihre schweren Waffen ausgeliefert haben. Ich erwarte weiter zuverlässig, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln mit

General Doerer

ein Abkommen trifft. Ich werde mein Möglichstes tun, um ein Verhandlung zwischen beiden Parteien zustande zu bringen. Der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien kann man die Anerkennung nicht verweigern, daß sie, von der Hoffnung getragen, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben wird, eine wahrhafte himmlische Geduld an den Tag gelegt hat, aber ich kann ihnen nicht verschweigen, daß die letzten Berichte, die ich aus Oberschlesien erhalten habe, mich sehr hart demütigen.

Keine ober-schlesischen Vandalen standen nicht mehr an die Öffentlichkeit

und das gibt eine äußerst gefällige Zustimmung. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Interalliierte Kommission daran geht, die Rechte und das Leben der deutschen Bevölkerung zu schützen, sonst droht in Oberschlesien der Bürgerkrieg. Man kann niemand zwingen, seine Seele dem Mörder des Mörders darzubieten. Troy de

Opposition der Deutschnationalen

wird meine Regierung eine Krise zu vermeiden wissen und Präsident Ebert wird nicht gezwungen sein, den Reichstag aufzulösen. Die Deutsche Volkspartei treibt keine grundsätzliche Opposition gegen die Regierung. Auch von Weibnachten wird das erste Drittel des Reichsnotopfers einfließen sein, 10 bis 12 Milliarden Papiermark, größtenteils Kriegsanleihe. Die direkten Steuern sollen nur die notwendigen Quellen zur Durchführung der Reparationsleistungen erschließen.

Der Kriegsprozess gegen Ramdohr.

Veispia, 8. Juni. Der 3. Kriegsprozess, der erstmalig einen belgischen Fall betrifft, hat heute vormittag vor dem Reichsgericht begonnen. Angeklagt ist der Vespiger Student der Rechte Max Ramdohr, der im Kriege eine Stellung als Feldpolizeibeamter in Belgien tätig war. Die Verteidigung führt Jurist Dr. Kaiser-Veispia. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Jansenberger. Als Dolmetscher fungiert Universitätssekretär van Kerckhoff-Berlin-Steigle. Drei belgische Anwälte und der Münchener Rechtsanwalt sind als Sachverständige geladen. Ferner sind 11 belgische und 15 belgische Zeugen anwesend, unter den letzten eine Anzahl Kinder. Im Auftrage der französischen Regierung wohnen der Verhandlung der Generalprokurator Müller und Prof. Renard, im Auftrage der belgischen Regierung Staatsanwalt Müller von Glatz, Generaldirektor Dulaeur und Rechtsanwältin Kricher. Der Angeklagte ist am 9. Mai 1914 in Veispia geboren und hat vor dem Kriege zwei Semester studiert. Seit Januar 1921 befindet er sich in Untersuchungshaft. Er wird beschuldigt, vom November 1917 bis Februar 1918 in Veerpolderbergen in Belgien als Interoffizier und Beamter der geheimen Feldpolizei durch mehrere selbständige Handlungen, ohne dazu berechtigt zu sein, Personen festgenommen und ohne Berechtigung über Gebiete schloßen, ferner in einer Untersuchung Zwangsmittel angewandt zu haben, um Geständnisse zu erpressen. Der Präsident erläßt den Angeklagten, wenn er Erklärungen abgeben wolle, sich an die Wahrheit zu halten.

Der Angeklagte, der 1915 ins Meer eingetreten und im Osten verhaftet worden war, kam später zur Stappen-Inspektion nach Gent und wurde dann, 1916, Beamter der geheimen Feldpolizei. Er wurde zunächst drei Wochen ausgebildet und dann an die holländische Grenze geschickt, später kam er nach Tondermond. Der Angeklagte gibt zu, der „Schrecken von Tondermond“ genannt worden zu sein, weil die Belandungen, die der Bevölkerung auferlegt wurden, sehr einschneidend waren. Später kam der Angeklagte nach Veerpolderbergen. Er hat dort über strafbare Handlungen Ermittlungen angestellt und darüber berichtet, indem er die Ermittlungsaften an die Vorgesetzten nach Veerpolderbergen einrichtete. Er behauptet, daß er seine Tätigkeit nur unter dem Gesichtspunkte der Spionageabwehr ausgeübt habe. Der Angeklagte gibt an, daß er im November 1917 die Anzeige erstattet habe, daß er die Täter einer vorläufigen Transportgefängnis festgenommen habe. Erst am 2. Dezember kam er das Protokoll ein. Am 5. Januar 1918 kam die Anzeige an das Stappengericht, das 19 Personen einvernommen seien. Es befanden sich darunter Kinder, die nach deutschem Weisens überhaupt nicht verhaftbar sind, z. B. Knaben von 9 bis 12 Jahren, die der Angeklagte als Täter beschuldete.

Der Präsident macht den Angeklagten aufmerksam, daß polizeilich gegen diese Kinder nicht vorgegangen werden könne. Der Angeklagte erwidert, es sei den juristisch vorgebildeten Anwälten der Feldpolizei die Weisung gegeben worden, nicht nach juristischen Grundsätzen, sondern nach den Erfordernissen der Kriegsführung zu verfahren. Bezüglich der Anklage, daß er habe eine Datsche geführt, der Angeklagte erzählt dann, was er zur Untersuchung der französischen Eisenbahntransportgefängnis auf dem Bahnhof Veerpolderbergen getan hat. Ein bei der deutschen Eisenbahnverwaltung angestellter Beamter sei von seinen Vorgesetzten beauftragt worden, die Datschenführer verhaftet zu werden, so daß die Vorkontrollen ihrer geführt wurden.

Der Angeklagte trägt zunächst noch nach, daß der erwähnte Belgier, ein Schüler, mit Auslieferungsaufträgen beauftragt war, als er beschimpft und mit Steinen geworfen wurde. Als vermeintliche Täter hat der Angeklagte am 15. November mehrere Knaben unter 12 Jahren festgenommen. Daß er die Jungen verurteilt habe, behauptet der Angeklagte, desgleichen, daß er es gemeint sei, der Wegfänger auf Monate auf Wasser und Brot gesetzt habe und ihnen nur Brötchen zum Schlafen angewiesen habe. Als Zweck seines Gesamtverhaltens gibt er an die Sicherung des Verkehrs. Es sei bei allem, was geschah, nur das Interesse der Militärverwaltung maßgebend gewesen. Zur Verlesung kommt der ausländische Bericht, den der Angeklagte an seine vorgesetzte Behörde über die fraglichen Vorfälle erstattet hat.

(Bei Verhandlungsdauer der Verhandlungen noch fort.)

Vor dem Ende des englischen Bergarbeiter-Streiks?

London, 8. Juni. Die Führer der Bergarbeiter erklären, die Bergwerkseigentümer hätten beträchtliche Zugeständnisse gemacht. Ihre letzten Vorschläge stellen einen großen Fortschritt gegenüber allem dar, was bisher angeboten worden ist. Die gesamte Lage hat dadurch ein vollkommen anderes Aussehen erhalten, da die Bergleute nunmehr in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne besorgt zu sein, daß die Kohle unter dem zum Leben notwendigen Stand gesetzt werden. Der Bergbauauswahnschuss hat daher Vorbereitungen getroffen, um seinen Einfluss in der Richtung einer Verständigung einzusetzen. (28. T. V.)

Derliches und Sächsisches.

Dresden, 8. Juni.

Aus den Landtagsausschüssen.

Der Rechtsausschuss beriet heute vormittag den Entwurf eines Grundsteuererlasses und dazu vorliegende Anfragen. Zunächst wurde der Gesetzentwurf allgemein besprochen und von vielen Seiten darauf hingewiesen, daß die Steuer eine ungemein hohe Belastung für alle Wirtschaftsklassen bedeute und letzten Endes doch auf die Allgemeinheit abgewälzt werden würde. Auf die Frage, ob angesichts der zu erwartenden höheren Beträge der Einkommensteuer die Grundsteuervorlage jetzt so eilig sei, wurde von der Regierung geantwortet, daß angesichts eines drohenden Defizits im Staatshaushalt in Höhe von 700 Millionen Mark auf Gewerbe- und Grundsteuer nicht verzichtet werden könne. Der Ertrag der Grundsteuer werde auf 275 Millionen Mark geschätzt. Die Verteilung des Steuerertrages auf Staat und Gemeinden ist zur Hälfte vorgesehen. Nebenbei den Wünschen von Gemeindevertretern, für die Gemeinden einen höheren Anteil zu gewähren, wurde von Regierungseite betont, daß, nachdem die gesamten Volksschulden von den Gemeinden auf den Staat übernommen worden seien, der Staat mindestens die Hälfte des Ertrages der Grundsteuer für sich in Anspruch nehmen müsse. Die Einhebung der Steuer ist erst für 1922 ins Auge gefaßt. Die Frage, ob die Erhebung eines Zuschlages oder eine Mietersteuer für den Wohnungsbau notwendig sein werde, wurde von der Regierung dahin beantwortet, daß die Wohnungsbausteuer von der Grundsteuervorlage nicht zu trennen sei.

Neuordnung der Angestelltenversicherung.

Seit einiger Zeit hat in der Tages- und Nachpresse eine lebhaft erörterte Frage eingelegt, ob eine Erweiterung der Angestelltenversicherungspflicht, die von der Regierung geplant ist, wünschenswert erscheine. Es wurden zum Teil hohe Einkommensziffern genannt, bis zu denen die Versicherungspflicht der Angestellten ausgedehnt werden soll, und es entspann sich im Anschluß daran ein Gedankenaustausch über die Zweckmäßigkeit dieses Vorhabens. Es erscheint notwendig, die Diskussion auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen und festzustellen, daß die Voraussetzungen über diesen Gegenstand schon zum Abschluß gelangt sind. In diesen Tagen ist von der Regierung eine Novelle zum Versicherungs-gesetz für Angestellte an den Reichstag gelangt. Darin sind einige besonders dringliche Fragen der Angestelltenversicherung geregelt worden. Eine grundlegende Umgestaltung der Angestelltenversicherung liegt dagegen nicht vor. Im wesentlichen sind es einige Gesetzesbestimmungen, die im Hinblick auf die fortschreitende Weltentwicklung einer Änderung bedürfen.

So wird es vor allem seitens der Versicherten begrüßt werden, daß die Leistungen der Angestelltenversicherung gegenüber dem bisherigen Zustande wesentlich erhöht werden sollen, und daß gleichzeitig ein Grundbetrag vorgesehen ist, unter den die Renten nicht heruntersinken dürfen. Eine gewisse Erhöhung der Beiträge ist allerdings damit verbunden. Die Beiträge, die je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Angestellten aufzubringen sind, betragen in der höchsten Gehaltsklasse 98 10 Mk. monatlich. Die Versicherungspflicht ist nach der Novelle bis zu einem Jahreseinkommen von 2400 Mk. ausgedehnt worden. Die Gründe für diese Maßnahme liegen auf der Hand. Es ist bekannt, daß die bisherige Grenze von 15000 Mk. längst nicht mehr den infolge der Geldentwertung gebliebenen Gehältern entspricht, so daß die Angestellten, für die im Jahre 1913 die Angestelltenversicherung geschaffen worden ist, vielfach gar nicht mehr als Pflichtversicherte an ihr teilnehmen konnten. Von großer Bedeutung ist, daß die Novelle ein neues Beitragsverfahren durch Ableben von Renten anstelle der bisherigen Zahlungsweise vorsieht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Absehen die Verwaltungskosten der Versicherungsverwaltung sehr beträchtlich herabdrücken wird, da künftig die umständliche Kontenführung überflüssig werden wird. Auch für die betragenträchtigen Beihilften, also Arbeitsnehmer und Arbeitgeber, wird das neue System beizubehalten sein.

* **Richtervision.** Superintendent Oberkonsistorialrat Dr. Böhm hielt in der Auferstehungs-Kirchen-gemeinde zu Vorstadt Plauen während der vorigen Woche Richtervision ab. Neben der Prüfung des Archivs und der Kanzlei, sowie der Besichtigung der kirchlichen Gebäude und Friedhöfe besuchte der Superintendent die Unterredungen mit der konfirmierten Jugend, am Dienstagabend die Bibelkunde, am Mittwoch den Familienabend, sämtliche parochialen Vereine, am Freitag und am Sonntag den Haupt- und den Kindergottesdienst, sowie am 6. Juni einen Gottesdienst für die eingekerkerte Gemeinde Gunnersdorf im dortigen Schulsaal. Auch fand im Anschluß an den Hauptgottesdienst eine Gemeindevorversammlung statt, in der es zu reger Aussprache seitens der Gemeindeglieder kam. Es waren erhebende Stunden, die davon Zeugnis abgaben, daß in der Vorstadt Plauen ein wohlorganisiertes Gemeindeglied herrscht, und daß noch viele treu zur Kirche halten. Die Ansprachen des Superintendenten hinterließen einen tiefen Eindruck bei den Anwesenden. So gehalten die Visitation zu einer Zeitwohle im frühlichen Stun-

aus und wird nicht ohne Förderung für die Rufstehungs-Gemeinde bleiben.

— **Über 500 alte Thomaner gefallen.** Am 28. bis 30. Mai wurde in Veispia die erste allgemeine Tagung des Thomanerbundes e. V. (Veispia, Schillerstraße 3, 11.) abgehalten. Dabei wurde mitgeteilt, daß von den Schülern dieses wissenschaftlich und durch seinen Sangeschor berühmten humanistischen Gymnasiums, das bereits 1212 gegründet worden ist, über 500 gefallen sind, d. h. mehr als sämtliche neun Gymnasialabteilungen mit Parallelklassen Schüler haben. Diese Tatsache veranlaßte, wie anherberndlich schwere Blatopfer gerade der gebildete Mittelstand im Kriege gebracht hat, der auch materiell durch die Zeit seit 1914 so schwer beeinträchtigt worden ist.

— **Die Veispiger Lehrerinnen gegen den Deutschen Richterbund.** Der Deutsche Richterbund hatte sich bekanntlich in seiner Veispiger Tagung gegen die Zulassung der Frauen zum Richteramt ausgesprochen. Der Veispiger Lehrerinnenverein nahm hiergegen in seiner letzten Versammlung nach lebhafter Aussprache Stellung und beschloß, den Bund Deutscher Frauenvereine gegen den Richterbund mobil zu machen. Außerdem ist eine Veispiger Frauen-Protestversammlung geplant gegen die in der Tagung vorgebrachten Begründungen zur Ablehnung der Frau und gegen die vorgelegten Gutachten.

— **Hugo Stolzbergs Künstlerpiele im Carrasani-Trocadero** vermitteln auch im neuen Monat erlesenen Kunstgenuss und angenehme Unterhaltung. Vorherrschend ist diesmal der Tanz, aber er wirkt keineswegs ermüdend, weil jeder Vertreter Eigenart und künstlerische Gestaltungskraft verrät. Paulette Thomse bietet raffige ungarische Nationaltänze und groteske Tanzgebilde eigener Schöpfung, während die schöne Parfümstanzlerin Bibby Szegedi besonders in ihren Walzerphantasien eine seltene Augenweide gewährt. Wie eine duftige feuchte Esensgenuss blüht sie bisweilen über den Tischtisch. Den beiden weiblichen Vertreterin der Tanzkunst reiht sich würdige an Siska Kroprow mit feinen temperamentvollen mexikanischen und ukrainischen Nationaltänzen in entsprechender Gewandung. Erica Bar vertritt es ganz vortrefflich mit ihren netten Weisheiten die Söner in ihren Bann zu ziehen. Fern lauscht man auch der bulgarischen Kammerstanzlerin Kletka Hranisowa, die mit impassibler Stimme eine Reihe prächtiger Lieder singt. Eine der wertvollsten Kräfte des kleinen Künstlerbüchens ist zweifellos Wladimir Reuch, der fröhliche Burlesk vom Rhein, der mit seinen Gaben allabendlich köstlichen Beifall findet, namentlich mit dem Lied von Zerk, Geld und Liebe. In Martin Richter wählt man einen Vollwirthol von bedeutenden künstlerischen Qualitäten. Carl Seiter ist nach wie vor der verständigste und beste Leiter. Er auch Direktor Stolzbergs ist sehr als schlaues und kluges und vorrangigster erlesener bewährt ist. Die Stimmung zu fördern, wird niemand einen Abend bei ihm zu den verlorenen zählen, zumal sich auch die Sommertheater in den aufgestellten Räumen wenig sichtbar macht.

* **Der Umzug des Zirkus Carrasani, der für heute Mittwochs, nachmittags 4 Uhr, geplant war, fällt aus.** Die uns die Direktion mitteilt, haben am Dienstag Besprechungen mit dem Oberbürgermeister stattgefunden.

— **Adel Marx für das Städtchen Butzer.** Auf dem Markt in Großenhain wurden an einem Tage nicht weniger als 163 Tonnen Butter, das sind 660 Stücken Butter, aufgefauft. Der Preis betrug ein sehr schön bis zwölf Mark je Stück. Da aber die Kaufkraft bei diesem Preis gering war, wurde das Städtchen Butter schließlich für acht Mark verkauft. Auf dieser Höhe hielt sich auch der Butterpreis an den darauffolgenden Tagen.

— **Die Schrammleibande in Flammen.** In der bekannten Schrammleibande bei Schandau brach in der Nacht zum Mittwoch ein Brand aus, der den Dachstuhl und das erste Stockwerk vernichtete. Infolge Wassermangels waren die Löscharbeiten sehr schwierig. Heute, Mittwoch, früh 17 Uhr wurde die Schandauer Feuerwehr nochmals an den Brandplatz gerufen, da die Nebengebäude zu brennen angefangen hatten. Das Feuer wurde durch Unvorsichtigkeit beim Zigarettenrauchen von einem Dienstmädchen verursacht, das bereits polizeilich verhaftet und verurteilt wurde.

— **Immer neue Opfer der Elbe.** Am 6. 8. M. ist in Merzschwitz wiederum ein 16 bis 17jähriger Knabe, etwa 125 Zentimeter groß, kräftig, mit dunklem Haar und blaugrauen Augen, fetter Nase und langlichem Gesicht, als Leiche aus der Elbe gezogen worden. Befindet er sich mit blau-schwarz-rotgefärbter Trifolobeholze Westhülle am 6. 8. M. ist in Merzschwitz ein 14-jähriger Knabe tot aus dem Wasser gezogen worden. Er ist etwa 1,50 Meter groß, hat dunkelblau Haare, graublaue Augen und rundes volles Gesicht. Befindet er sich mit grauer Trifolobeholze mit 2 dunkelblauen und 1 roten Querscheiben. Mitteln zur Bestimmung der Personen werden an die Permittenzentrale des Polizeipräsidiums Dresden, Schickstraße 7, 2., Zimmer 120, erbeten.

Bermischtes.

* **Großfeuer.** Zeit Mittwoch früh 3 1/2 Uhr brach der weitläufige Teil des Betriebes der Saxon-Compagnie F. H. Reichardt, G. m. b. H., in Sandstraße in hellen Flammen. Die Entstehungsurache des Feuers ist zurzeit noch unbekannt. Es konnte bis 6 Uhr früh nicht auf seinen Ursprung beschränkt werden. Wundensüchig sind nicht zu bezweifeln. Mehrere Personen erlitten leichte Verbrennungen.

Kunst und Wissenschaft.

Was will die Dresdner Staatshochschule für Musik und redende Künste?

Über dieses Thema sprach gestern nachmittags Dramaturg Dr. Karl Wolff vor einem größeren Kreis geladener Hörer, vornehmlich Landtagsabgeordneter mit Präsidenten Brärdorf an der Spitze und in Gegenwart des Kultusministers und mehrerer Regierungsmitglieder im Landtagssaal. Der Redner betonte eingangs, daß sein Vortrag gewissermaßen symbolische Bedeutung habe. Während im vorigen Jahre für jedes der an der Hochschule vertretenen Fächer ein werbendes Sonett vorgetragen worden war, spreche jetzt er als einziger für den Gesamtplan der Staatshochschule, die ja eben einen Organismus von lebender Einheit, von bisher nicht vorhandenem Zusammenhang bilden sollte. Gerade die nicht mechanische Anknüpfung von Einzelheiten, sondern vielmehr das geplante organische Aneinander von Theorie und Praxis, von Kunst und Wissenschaft, der Kunstabteilungen untereinander und endlich der Kunst und der allgemeinen Volkshochschule müsse von vornherein alle die aufgetauchten Kompromissvorschläge sein Teil in Dresden, der andere in Veispia usw. entfallen. Es soll unsere musikalische Kultur durch die Staatshochschule auf die höchste Höhe künstlerischer Möglichkeiten gehoben werden. Das kann natürlich nur geschehen, wenn die Hochschule selbst den starken Willen und die Fähigkeit haben zum Durchdringen ihrer gesamten Materie bis in die letzte Hier und nicht beim Einzelgebiet stehen bleiben. Die Hochschule will aber mit ihnen diesen Weg gehen. Dilettanten, Spezialisten, also z. B. Virtuosen eines Instruments und Durchschnittsgebilde können daher für die Hochschule nie als Schüler in Frage kommen. Diese müssen den konservatorischen Nach den Berechnungen des Redners werden, da die geplante Hochschule nur eine geistliche Hochschule von dreihundert Schülern zuzieht, daneben auch eine Reihe von Hochschulgäbigen sich aus freudigem Grunde ihre weitere Ausbildung anderweit sucht, den Konservatorien im unangenehmsten Falle 150 Schüler entzogen, was auch noch durch die Verteilung gemindert wird. Der Vortragende sprach dann ferner gegen eine Vereinigung der Hochschule mit einer Universität, im besonderen mit der musikalischen Abteilung einer solchen, weil der wissenschaftliche Betrieb am besten von der Praxis losgelöst bleibt, bei der Vereinigung aber die Forschungsarbeit und die Theorie in ihrer Reinheit getrübt würden. Der Staatshochschule aber kommt es auf die von der Theorie durchgeführte Praxis an; auf die leben-

dige Vermittelung praktisch gerichteter, theoretischer Aufschlüsse, auf praktische Zubereitung.

Den zweiten Teil der Ausführungen widmete Dr. Wolff der Abteilung für redende Künste, deren Begründung zu den brennendsten künstlerischen Fragen der Gegenwart gehört. Die Notwendigkeit auf dem Gebiete der Schauspielervorbereitung, das vollkommene Fehlen einer Vorbildungsschule für Regisseure, an welcher auch Theaterleiter und -kritiker ordnungsgemäß sich vorbereiten könnten und die junge Theaterwissenschaft, die bisher an Universitäten nur höchstens als Nebensache gelehrt wird, ihre würdige Stelle fände, endlich das Fehlen einer Rednerschule lassen die unter dem Mangel Leidenden auf das gelobte Land der Lösung dieser Fragen durch den Dresdner Plan entgehen. Die größten Vorteile: Bühnengestaltung und Bühnenszene erwarten direkt die Dresdner Gründung. Von der Schauspielerschule zieht auch der Opernsänger, von der Regieschule auch der moderne Dirigent, der zu dem unmaßgebend Gebieten gehören muß, seinen Nutzen; umgekehrt der Schauspielere, und der Schauspielregisseur von der Musikhochschule. Ein gemeinsamer ständiger Strom durchdringt beide Anstalten. So wenig wünschenswert die Verbindung mit Konservatorien oder Konservatorium, so außerordentlich wertvoll wäre dagegen die mit einem großen Theater, was ja ohne weiteres offensichtlich ist. Wenn aber dazu wie in Dresden auch noch durch historisches Museum, Gemäldesammlungen und Kupferstichkabinett (Reichardt, Crisp) und Kostümsammlungen das reichste Anschauungsmaterial zur Verfügung steht, so kann es für den Entschlossenen nicht zweifelhaft sein, ob diese Stadt, oder die des größten Konservatoriums in Frage kommt. Zum Schluß vertrat Dr. Wolff die Meinung, daß die Gründung der Staatshochschule, die ein neues deutsches Energiezentrum mit weitest ausstrahlender, zukunftsreicher Perspektive würde, jetzt gerade bei uns ungeschickter praktischer Bedeutung sei; denn der materielle Aufschwung, den wir ja alle brauchen, wird nie gelingen, wenn die Seele nicht durch neue Triebkräfte, durch Kräfte oder Freude, wie sie nun eben gerade von den Künsten gewandt werden, wieder belebt wird. Die Hochschule würde für sich allein mit ihrem verhältnismäßig kleinen Lehrkörper natürlich eine zu schwere Last der Kulturförderung bilden. Aber von ihr möchte als immer neue Missionare die in ihr gebildeten Kunstlehrer ins Land hinaus und verbreitern so die Basis ungemessen. Von Staatsautorität muß das geplante Werk allerdings getragen sein. In Fragen der Musiklehrerbildung ist z. B. entscheidender Fortschritt nur zu erwarten, wenn der Staat eingreift. Das wird auch, wie wir er-

gängen möchten — dem ganzen im allgemeinen schwer ringenden Stande in sozialer Hinsicht förderlich werden. Dr. Wolff erntete für seine schon allein rednerisch glänzenden Ausführungen lauten Beifall, dem auch noch Dankesworte des Präsidenten Brärdorf folgten.

* **Mitteilung der Sächsischen Staatstheater.** Opernhaus, Freitag, 10. Juni (7 Uhr): „Figaros Hochzeit“ mit Staegemann, Elisabeth Kethberg, Stella Eisner, Ermold, Vielte v. Schuch, Estriede Haberborn, Kästel, Mülliger, Lange, Schmalzauer. Musikalische Leitung: Aufschbach, Spielleitung: Volter.

Schauspielhaus, Freitag, 10. Juni (7 Uhr), wird Otto Erler's „Zerneweise“ zum 10. Male im Schauspielhaus gegeben. Besetzung der Hauptrollen: Christian VII.: Vindner, Carlina Mathilde: Verden, Justine Marie: Veltiner, Ouldborn: Rehnert, Strunenfee: Wiede. Spielleitung: Mehnert.

* **Staatsooper.** In der nächsten Vorstellung von „Madame Butterfly“ sang an Stelle des heiter gewordenen Herrn Burg Herr Karl Lautert vom Chemnitzer Stadttheater den Zerk.

* **Albert-Theater.** „Anerkennung“ heute, Mittwoch, zum letzten Male. Neben Vorbereitungen für das Gastspiel Hermine Körner fällt am Donnerstag die Vorstellung aus. Am Freitag Hermine Körner: „Kandidat“.

* **Gründer-Konzert.** Das von der Vereinigung ehemaliger Gründer am 10. Juni, 18 Uhr, im Gewerkschafts-Veranstaltungszentrum des Kreuzbors wird die Wiederholung eines der in Ostland beliebten Programme bringen. Solisten: Charlotte Fricke, H. M. L. Kappelmeier, Eric Fricke, Maria Böhm. Der Meinertrag soll dem bescheidenen Aushilfsfonds für christlich-gesellschaftliche Kreisläufer zugute kommen. Karten von 5 bis 2 Uhr Marktstraße 2, 2. Stock, und von 8 bis 2 Uhr in der Kammer der Freundschaft.

* **Kunsthandschreibung Emil Richter.** Die folgende Ausfertigung der Werte Alexander Richter'schen Kunstkritikers Dr. Max Dobrows über den russischen Künstler, der in den Kreisen der entlassenen Modernen als der größte Plastiker der Gegenwart gepriesen wird. Von einer auf frische Einwürfe fast ganz verständigen, humanistischen Anerkennung war auch Dobrows Vortrag erfüllt, der auf den Versuch hinwies, das Wesen der Archaischen Kunst in entsprechenden Worten und Begriffen zu umschreiben. Das bleibt zwar immer ein mühsames Unterfangen, entspricht aber doch immer wieder dem Bedürfnis des Kunstbeschauers, auch begrifflich über das gefühlsmäßige Erfahrene Klarheit zu gewinnen. Der Redner hatte den Voraus-

Ein geheimnisvolles Waffenangebot.

Mit einer Anfrage wegen Vergehens gegen das Ein- waffnungsgesetz und wegen unerlaubten Handels mit Lebens- und Kriegsmitteln beschuldigt sich am gestrigen Dienstag die Strafkammer in einer bis zum Abend an- dauernden Verhandlung. Die Anfrage richtete sich gegen den in der Vorstrasse 139, 2. Geschoss, wohnhaften Kaufmann Friedrich Johann Ludwig Nicolai und vier Ge- wessen. Nach dem Eröffnungsbeschluss soll Nicolai im Sep- tember vergangenen Jahres dem Parteifreier und Land- tagsabgeordneten Menke für die U. S. V. D. insge- samt 80 000 (achtzigtausend!!) Gewehre und dazu je 200 Stück Patronen zum Preise von 480 Mk. pro Stück zum Kauf angeboten haben; er solle ferner der Wä- der- und Jagdgesellschaft in Hamburg 100 Kilogramm Sauer, das Kilogramm zu 18,40 Mk., und einer anderen Stelle 36 Kilogramm Rotain, das letztere zum Preise von 16 500 Mk. pro Kilo- gramm, angeboten bzw. verkauft haben, es zu verschieben, ohne dazu irgendeine Handelserlaubnis zu besitzen.

Ausführlich wurden Nicolai und die vier Mitangeklag- ten zur Anfrage vernommen und es wurde eingehend durch- gesprochen, wie überhaupt diese Angebote und insbesondere die große Waffenlieferung zustande gekommen sei; die Waffen sollten angeblich einmal in Hamburg, dann wieder ein Teil in Danzig usw. lagern. Nicolai suchte sich damit zu rechtfertigen, daß es ihm zunächst noch gar nicht um ein ernstliches Geschäft zu tun war, er habe nur Fühlung ge- nommen, ob dafür Abnahmefähigkeiten vorhanden waren.

Zeuge Parteifreier Menke sagte aus, daß der An- geklagte zu ihm ins Parteigeschäftsamt gekommen sei, und daß er tatsächlich die 80 000 Gewehre nebst Patronen zum Kauf für die Mitglieder der U. S. V. D. angeboten habe. Zeuge will wegen der Größe des Kaufantrages der Meinung gewesen sein, es handle sich hier um eine bezahlte Spitzelarbeit. Angeblich um Nicolai als Spitzel zu ent- larten, sei Zeuge auf das Waffenangebot zum Schein ein- gegangen; am 17. September sei dann die nähere Be- sprechung im Stadicafe erfolgt. Schließlich will Menke aus- sagen, daß die Verhandlungen entnommen haben, daß es sich um ein wirkliches und greifbares, kein Luftgeschäft gehandelt habe; allen Ernstes sei Nicolai bemüht gewesen, das Geschäft zum Abschluß zu bringen, ja, er wolle mit dem Preise noch etwas herabgeben.

Von Nicolai und seinem Vertreter wurde geltend ge- macht, daß die Waffen auch dem Sekretär Bettenhausen von der Kommunistischen Partei und weiter einem Ruffen namens Gallung angeboten wurden, aber nur in der Absicht, daß diese nach Rußland geliefert würden; somit könnten die angelegenen Verhaftungsbestimmungen keine An- wendung finden.

Der Vertreter der Anfrage forderte eine strenge Be- strafung und Verurteilung milderer Umstände. Staats- anwaltschaftsrat Dr. Breiting betonte in seinem Plädoyer noch ganz besonders, man habe erst kürzlich während der Märztagen gesehen, wohin es führen könne, wenn Waffen in unerfahrene Hände kämen. Im übrigen stellte er nur drei Angeklagten den Antrag auf Verurteilung wegen ungenehmigten Handels mit Lebensmitteln.

Das Gericht verurteilte Nicolai im Sinne der An- frage zu einer Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefäng- nis und 10 000 Mk. Geldstrafe. Von den vier Ge- wessen wurden die Kaufleute Vogel zu 3000 Mk. und Schmitt zu 2000 Mk. Geldstrafe verurteilt, dagegen die Kaufleute Herzog und Weidhaas freigesprochen.

Wetterlage in Europa am 8. Juni, 8 Uhr morgens.

Es ist ein leichtes bis mäßiges Hoch und be- deutend trockenes und vorwiegend heiteres Wetter. Im Südwesten befindet sich ein Tiefdruckausläufer, unter dessen Einfluß wir selbigen dinsten, so daß Gewitter zu erwarten sind. Im Westen kommt ein Hoch heran. Eine von ihm ausgehende Nord- westströmung wird bei uns voraussichtlich leichte Niederschläge herbeiführen.

Wettertelegraphie aus Sachsen, 8. Juni, 7 Uhr früh.

Table with columns: Station, Höhe über d. M., Temp. gestern, Beobachtung heute früh 7 Uhr, Wetter. Rows include Leipzig, Chemnitz, Dresden, etc.

Wetter- und Windverhältnisse für Dresden.

Table with columns: Wetter, Windrichtung, Windstärke, Luftdruck, etc. for Dresden.

eine bedeutungsvolle Ausdehnung von Verken zur Veranschaulichung zur Hand zu haben, und er hätte davon noch in höherem Maße Gebrauch machen können. Vielleicht hätten seine Ausführungen dann noch einiges von ihrer Abstraktheit eingebüßt zum besten einer überzeugenden Beweisführung am Mikroskop selbst. Döbner betont mit Recht die Verbindung der Archipentischen Plastik mit den Ge- bilden der altägyptischen Kunst und der Regierplastik und vor allem die Ausschaltung des Naturvergleichs, die eine Grund- lage moderner Kunst ist, gerade das, was dem Laien und Kunstschreibern immer am Schwierigsten fällt. Archipentis erleichtert anfangs die Einführung in seine Bildnerlei dadurch, daß er einfach die wahre Sinnlichkeit schwebender Körper- formen in neuen Rhythmen und Bewegungen aufklingen läßt und so den Frauenkörper zum Anhalt melodischer Vinten- schwingungen macht. In der Tat sind die kleinen Bronze- statuetten von bewunderndem Reiz der Vintenzührung, die gerade durch die Verschiebungen und Verdrehungen des Naturkörpers ihre künstlerische Freiheit und neue Schön- heit erhalten. Darüber hinaus geht aber Archipentis Kunst in ein noch nicht betretenes Gebiet, "negativer" Plastik, indem er der Phantasie abfordert, aus den leeren, ausgeparten Raum ergänzen zu lassen. So entstehen seine Skulpturen, die "Annick lebendigen in einem Komplex verzerrter Raumlichkeiten und Kurven emporheben". Der konstruktive Aufbau des Körpers tritt frei, in mathematischem Wohl- laut der Teile, als künstlerisch souveränes Gebilde von größtem rhythmischen Phantasieanreizes heraus. Von da aus gelangte Archipentis, mit ungehemmtem Pagenmut vor- wärt, dazu, das Organische und das Mechanische des Körpers ganz in freies Spiel der Kräfte aufzulösen. Aus dem Geiste unserer Maschinenzeit ist diese Plastik zu ver- stehen, als scheinbar nächster Entfaltung tiefer liegender, mächtiger Lebensformen unseres Zeitalters. Diese klare Plastik des wissenschaftlich geschulten Meisters in die Tiefen, das ist Archipentis besondere künstlerische Tat, die nicht jeder leicht erfassen kann. In musikalischen Takt, mit der ge- lenkten Gliederung von Ingenieurschöpfungen spielen die taktischen und tonischen Teile der Räumlichkeit mit äthe- rischer Freiheit und Leichtigkeit ineinander. Der Drang, die Grenzen aller Kunstformen zu überfliegen, so die Verbin- dung zwischen Plastik und Malerei herzustellen, trieb Archipentis zu seiner "Skulpto-Malerei", von der gerade die gegenwärtige Kunstschöpfung ist die schönste. Ein Farben- und Formenreichtum von jugendfrischer Fröhlichkeit läßt diesen neuartigen Gebilden einen, die von der Grazie eines modernen Hofsofs erfüllt sind. Vielleicht ist gerade dieser Weg ein Irrweg für die Gesamtkunstwerk, aber einer von denen, die gegangen werden müssen, um den Bezirk des

Börsen- und Handelsteil.

Die Börse war heute ruhig. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Die Börse war heute ruhig. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Die Börse war heute ruhig. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Die Börse war heute ruhig. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Die Börse war heute ruhig. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Bankaktien fielen zurück. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Die Börse war heute ruhig. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Die Börse war heute ruhig. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet. Die Kurse für den 8. Juni sind im allgemeinen abwärts gerichtet.

Table titled 'Dresdner Kurse vom 8. Juni.' with columns for various stocks and their prices.

Table titled 'Kursnotierte Devisenkurse.' with columns for exchange rates of various currencies.

Table titled 'Kursnotierte Berliner Kurse vom 8. Juni.' with columns for Berlin stock market prices.

Table titled 'Kursnotierte Berliner Kurse vom 8. Juni.' with columns for Berlin stock market prices.

Table titled 'Kursnotierte Berliner Kurse vom 8. Juni.' with columns for Berlin stock market prices.

Advertisement for 'Blaut rote' (Blaut's red) medicine, including text and a logo.

